



Antrag

der Abgeordneten **Stefan Schuster, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung effektiv bekämpfen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann wird aufgefordert, im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport über die aktuellen Anstrengungen und Herausforderungen der Staatsregierung zur Eindämmung von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, insbesondere im Kampf gegen Kinderpornographie, zu berichten und dabei auf folgende Punkte einzugehen:

- Welche Ursachen hat der starke Anstieg des Verbreitens pornografischer Schriften in der Kriminalstatistik?
- Wie stellt sich die Entwicklung der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in Bayern insgesamt und in den einzelnen Regierungsbezirken dar?
- Welchen inhaltlichen und zeitlichen Verlauf nehmen die Verfahren in diesem Bereich?
- Welche Anstrengungen unternimmt die Staatsregierung derzeit zur Bekämpfung von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung?
- Welche Tätigkeiten hat das zum 01.10.2020 neu geschaffene Zentrum zur Bekämpfung von Kinderpornografie und sexuellem Missbrauch im Internet (ZKI) bei der Generalstaatsanwaltschaft Bamberg bisher entfaltet?
- Welche Sachverhalte liegen der bayernweiten Durchsuchungsaktion „Operation Weckruf“ vom 04.05.2021 zugrunde und wie ist der aktuelle Sachstand?
- Welche weiteren Schritte sind seitens der Staatsregierung geplant, um das Phänomen einzugrenzen?
- Welche Spezialabteilungen gibt es bei der Polizei und ist eine weitere Kompetenzbündelung vorgesehen?
- Welche Verbesserungsvorschläge hat die beim LKA etablierte bayernweite Arbeitsgruppe bisher erarbeitet bzw. diskutiert?
- Wie hoch ist die Arbeitsbelastung in diesem Bereich bei der Polizei, welche Koordination findet statt und welche Fort- und Weiterbildungsangebote gibt es?
- Wie stellt sich die internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Kinderpornografie dar?
- Wie funktionieren die nationalen und internationalen Meldewege und sind diese auch in Zukunft sichergestellt?

- Welche Aufklärungskampagnen, ggf. in Zusammenarbeit mit anderen Behörden, werden durchgeführt oder sind geplant?
- Wie kann Prävention in diesem Bereich, auch mit nichtstaatlichen Akteuren, vertieft werden?

Begründung:

Laut polizeilicher Kriminalstatistik sind die Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 23,7 Prozent auf insgesamt 11 197 Fälle (ein Plus von 2 147 Fälle) gestiegen. 1 493 Fälle hiervon entfallen auf das Verbreiten pornographischer Schriften. Das entspricht in diesem Bereich einer Zunahme an Fällen im Vergleich zum Vorjahr um 57,4 Prozent. In den ersten Monaten 2021 liegen die Fallzahlen bereits um 25 Prozent über denjenigen des Vorjahres, Tendenz weiter steigend. Diesem besorgniserregenden Trend muss die Staatsregierung zum Schutz der Kinder und Jugendlichen unverzüglich entgegenwirken. Es ist ein umfassender Bericht über die Anstrengungen und Herausforderungen der Staatsregierung im Umgang mit diesem Phänomen notwendig, um mögliches Verbesserungspotenzial zu erkennen.

Zur Bekämpfung von Kinderpornografie und sexuellem Missbrauch wurde 2020 das ZKI bei der Generalstaatsanwaltschaft Bamberg eingerichtet. Eine solche Kompetenzbündelung ist sinnvoll. Der Landtag sollte darüber unterrichtet werden, wie das ZKI die Arbeit aufgenommen hat, insbesondere auch über die bayernweite Durchsuchungsaktion im Rahmen der Operation „Weckruf“ am 04.05.2021, die sich gegen 51 Beschuldigte in Bayern gerichtet hat. Insgesamt erscheint eine gute Koordinierung der zuständigen Stellen, die Schaffung von Expertise und vor allem Präventionsarbeit sinnvoll.

Bayern plant eine Kampagne „Dein Smartphone – Deine Entscheidung“ zur Prävention an Schulen. Weitere Maßnahmen erscheinen dringend erforderlich. Es braucht auch eine intensive Zusammenarbeit mit Kinderärztinnen und Kinderärzten sowie mit Psychologinnen und Psychologen. Zudem muss auch erörtert werden, welcher konkreten Arbeitsbelastung die Polizei vor Ort beim Kampf gegen Kinderpornographie ausgesetzt ist und wie die Arbeit koordiniert wird. Um weiteres Verbesserungspotenzial erkennen zu können, muss auch die internationale Zusammenarbeit dargestellt werden.